Nr. 123

DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

26. Oktober 2019
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotzkistisch)

Krieg der Türkei in Syrien: Die imperialistischen Mächte tragen die Verantwortung!

Mit dem Angriff der Türkei ist erneut Krieg in Syrien aufgeflammt. Einmal mehr wurde die vorwiegend kurdische Zivilbevölkerung im Norden von Bomben und Kugelhagel terrorisiert, wurden Hunderte getötet und Hunderttausende in die Flucht getrieben. Putin und Assad haben daraufhin ebenfalls Truppen in die Region geschickt. Doch nach kurzem Kräftemessen haben sie mit ihrem türkischen Rivalen einen Pakt geschlossen… auf dem Rücken der Kurden!

Die eigentliche Verantwortung für dieses Drama jedoch tragen die westlichen Großmächte: Weil deutsche, amerikanische und französische Konzerne einen Großteil der Waffen liefern, mit denen der Krieg dort geführt wird. Weil die US-Regierung den neusten Kriegsausbruch mit ihrem Truppenabzug gezielt eingeleitet hat. Vor allem aber, weil die imperialistischen Großmächte (also die USA und die mächtigen europäischen Staaten) seit vielen Jahrzehnten ihre Interessen im Mittleren Osten mit allen Mitteln durchzusetzen versuchen – und damit das Chaos und die Kriege hervorgerufen haben, unter denen die Völker dort seit vielen Jahren leiden.

Seit 1979 hat der CIA islamistische Milizen finanziert, um die sowjetische Besatzung in Afghanistan zu bekämpfen – unter ihnen ein gewisser Osama Bin Laden. Die USA selbst haben damit die Grundlage des islamistischen Terrornetzwerks geschaffen. Und die angebliche Bekämpfung dieser Terroristen dient den imperialistischen Großmächten seitdem stets als Vorwand, wenn sie wieder einen Krieg führen wollen.

So sind sie 2003 unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung in den Irak eingefallen. Sie haben das Land bombardiert, zerstört und acht Jahre lang militärisch besetzt. Als sie abzogen, hatten sie den einst intakten Staat nach Religionen in mehrere Gebiete aufgeteilt und einen idealen Nährboden für islamistische Milizen geschaffen, die sich gegenseitig bekriegten. Eine von ihnen wurde später der Islamische Staat (IS).

2011 wollten die imperialistischen Staaten dann die Proteste des arabischen Frühlings missbrauchen, um Syriens Herrscher Assad durch einen gehorsameren Diktator zu ersetzen. Sie zettelten einen Bürgerkrieg an und stachelten dafür die rivalisierenden Regionalmächte auf: Saudi-Arabien, Türkei, Ägypten, Iran... Alle diese Regionalmächte finanzierten Milizen, die sich auf syrischem Gebiet gegenseitig bekämpften.

Als eine dieser Milizen – der IS – sich verselbstständigte und ein großes Gebiet in Syrien und dem Irak eroberte, mussten die USA und Europa ihre Taktik ändern. Jetzt wollten sie Assad doch lieber an der Macht lassen. Und sie bildeten eine Koalition zur Bekämpfung des IS. Sie stützten sich nicht zuletzt auf Milizen syrischer Kurden, die den IS unter hohen Opfern aus einer Stadt nach der anderen verjagten.

Die kurdischen Nationalisten hofften, durch das Bündnis dauerhaft das Autonomiegebiet behalten zu können, das sie sich im Krieg erobert hatten. Diese Illusion war schnell vorbei. Kaum war der IS besiegt, boten die USA einen Teil dieses Gebiets in Syrien der türkischen Regierung als „Sicherheitszone" an. Und auch die deutsche Regierung diskutiert jetzt, Soldaten zu schicken, um bei diesem zynischen Plan zu helfen.

Ja, die imperialistischen Staaten nehmen sich ganz selbstverständlich das Recht, über Länder und Grenzen im Mittleren Osten zu entscheiden. Daran hat sich nichts geändert, seit Frankreich und Großbritannien 1918 das Osmanische Reich als Kolonien unter sich aufgeteilt, dabei willkürlich Grenzen mitten durch die Völker gezogen und nicht zuletzt die kurdische Bevölkerung auf vier Staaten aufgeteilt haben. Für das Selbstbestimmungsrecht der Völker gibt es in ihrer Weltordnung keinen Platz. Bei ihren Entscheidungen zählen einzig ihre Interessen und die ihrer Konzerne.

Welches Kalkül auch immer diesmal dahinter steckt: Auf jeden Fall hat die US-Regierung dafür die Kurden kaltblütig ihrem türkischen Verbündeten geopfert. Dabei sind sie sogar das Risiko eingegangen, dass Syrien erneut im Chaos versinken und der Krieg sich auf noch mehr Länder ausweiten könnte.

Die imperialistische Machtpolitik bedroht die gesamte Menschheit – angefangen mit der Bevölkerung in Syrien, der ganzen Region und nicht zuletzt der Türkei.

Ja, auch der Bevölkerung in der Türkei kann der Einmarsch der türkischen Armee in Syrien nur neue Unsicherheit und Gewalt bringen. Denn wie könnten der Schrecken, den die kurdischen Familien jetzt erleben, die vielen Toten und Verstümmelten, die Hunderttausende auf der Flucht nicht neuen Hass und Rachegefühle schüren?
Erdogan mag mit diesem militärischen Abenteuer von der immer schlimmeren Wirtschaftskrise ablenken und sein angeschlagenes Image aufpolieren wollen. Doch dieser Angriff könnte die türkische Bevölkerung dauerhaft in den unendlichen Krieg hineinreißen, in dem bereits die Völker der halben Region stecken.

Allen beteiligten Machthabern geht es einzig darum, ihre Macht- und Wirtschaftsinteressen durchzusetzen. Und die einfache Bevölkerung bezahlt den Preis hierfür. Wir einfachen Arbeiter und Bauern sind immer die Opfer der Kriege, die die Reichen und Mächtigen anzetteln. Und überall tragen die mit dem Krieg geschürten Gefühle von Hass und Nationalismus obendrein dazu bei, uns untereinander zu entfremden.

Ob unsere Muttersprache türkisch, kurdisch oder arabisch, ob sie deutsch oder russisch ist: Wir sind alle eine Arbeiterklasse! Wir sind alle Opfer der gleichen imperialistischen Weltordnung, die dabei ist, die Menschheit weltweit in Krieg und Barbarei zu stürzen. Und nur die Arbeiterklasse kann – vereint – dieser Gesellschaftsordnung ein Ende setzen.

Vor dem rechtsextremen Terror schützen weder Wahlen noch Verfassungsschutz

Nach dem rechtsradikalen Terroranschlag in Halle haben alle anderen Parteien zu Recht auf die Verantwortung der AfD verwiesen, die mit ihrer migrantenfeindlichen Hetze und ihrer zum Teil an die Nazis erinnernden Sprache das Klima vergiftet und dem Terrorschützen so Munition geliefert hat.

Ja, die Wahlerfolge der AfD sind auch deshalb eine Gefahr, weil sie all den rechtsradikalen Schlägern, „Bürgerwehren“ und Terroristen Flügel verleihen. Doch es ist schon zynisch, wenn diese Anklagen gegen die AfD aus dem Mund eines Seehofers kommen, der noch vor einem Jahr als CSU-Vorsitzender in seiner Hetze gegen Flüchtlinge kaum zu übertreffen war. Oder aus dem Mund einer CDU-Führung, die die zu „migrantenfreundliche“ Merkel als Parteivorsitzende abgesetzt hat.

Erst seitdem sie gemerkt haben, dass sie damit bei den Wahlen verlieren, haben sie ihre Taktik geändert – und stellen sich jetzt als „Schutzwall“ gegen die AfD dar. Nach der CDU in Sachsen und der SPD in Brandenburg ist es in Thüringen nun „Die Linke“, die die Wiederwahl ihres jetzigen Ministerpräsidenten als einzige Alternative zum Sieg des AfD-Spitzenkandidaten Höcke darstellt, dem Vorsitzenden des ultra-nationalistischen „Flügels“ der AfD, der nicht nur Brandreden hält, sondern offen Kontakt zu Neonazis pflegt.

Doch das einzige, was alle diese Parteien ansonsten anzubieten haben, ist… die Fortsetzung der immer selben arbeiterfeindlichen, arroganten Politik, die der wesentliche Grund für Stimmengewinne der AfD ist.

Ihre Stimmenverluste machen außerdem ein Regieren ohne die AfD immer komplizierter. Nach den derzeitigen Wahlprognosen bliebe in Thüringen nur noch die Möglichkeit einer Koalition aus CDU und Linken, oder eine Minderheitenregierung. Wir haben in den letzten zwei Jahren gesehen, wie schnell alle Parteien, ganz besonders CDU, FDP und CSU nach rechts abdriften können – bis hin zu Überlegungen einer gemeinsamen Regierung mit der AfD. Und das kann jederzeit wieder passieren.

Zu hoffen, dass irgendeine Regierungspartei uns vor der rechtsextremen Gefahr schützen kann, wäre ein gefährlicher Irrtum. Es gibt nur einen Ausweg, wenn die Arbeiterklasse wieder anfängt, für ihre sozialen Interessen zu kämpfen. Sie allein kann der Menschheit eine andere Zukunft bieten.

Das einzige, was die großen Parteien nach Halle konkret zur Bekämpfung des rechtsextremen Terrors unternehmen wollen, ist… den Verfassungsschutz und die Polizei zu verstärken und ihnen noch mehr Rechte einzuräumen. Doch damit machen sie wirklich den Bock zum Gärtner!

Muss man daran erinnern, dass mehrere rechtsextreme Terrorzellen und Einzeltäter der letzten Jahre Angehörige der Polizei oder der Armee waren? Dass der Verfassungsschutz das NSU-Terrornetz jahrelang weitermachen ließ? Ganz zu schweigen davon, dass Maaßen, der bis vor einem Jahr noch Chef des Verfassungsschutzes war, selber der AfD nahesteht und sie heimlich beraten hat?

Diese Organe werden sicher nicht die Opfer rechtsradikaler Brutalität schützen – sondern eher ihre Täter!

6 Wochen Streik bei General Motors (USA)!

Fast 50.000 Arbeiter von General Motors haben in den USA sechs Wochen lang gestreikt. 31 Fabriken standen seit Mitte September still. Es war der längste Streik in der Autoindustrie der USA seit 1970!

Die Arbeiter haben für höhere Löhne, für die Festeinstellung von Leiharbeitern und Befristeten und den Erhalt aller Werke gestreikt. Und nicht zuletzt dafür, dass ein Teil der massiven Verschlechterungen zurückgenommen wird, die sie in den letzten zehn Jahren geschluckt haben – insbesondere die drastisch schlechteren Löhne aller neu Eingestellten.

Kurz bevor der Streik losging, haben Agenten des FBI Gewerkschaftsbüros und Wohnungen von Gewerkschaftsvertretern durchsucht. Es war offensichtlich, dass die US-Regierung damit General Motors in den anstehenden Tarifverhandlungen unterstützen wollte. Doch sie haben das Gegenteil erreicht: Denn die Gewerkschaftsführer, die seit Jahren allem Verzicht widerstandslos zugestimmt, ja ihn sogar gerechtfertigt haben, mussten danach schon aus Selbstschutz den GM-Bossen und der Regierung einmal die Zähne zeigen.



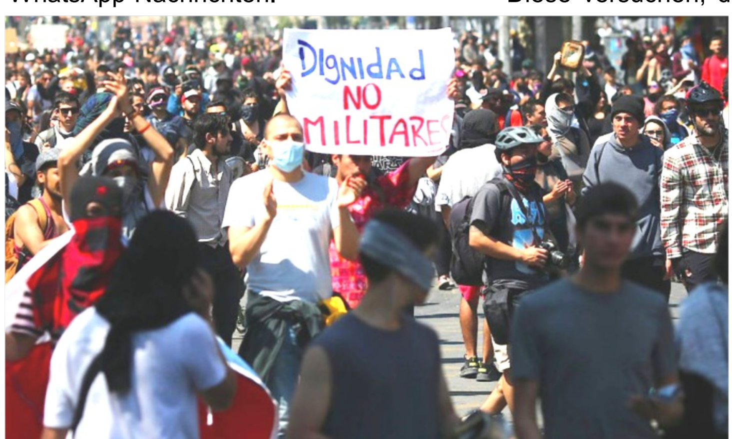
Der Streik war geprägt durch eine außergewöhnlich hohe Solidarität von Arbeitern aus anderen Autokonzernen und überhaupt aus der arbeitenden Bevölkerung. Viele kamen vorbei, um die Streikenden zu unterstützen, standen zum Teil tagelang mit Streikposten – in dem Bewusstsein: „Euer Kampf ist unser Kampf“.

Denn es ist klar, dass ein solcher Streik in einer so mächtigen Branche und dessen Ergebnis Auswirkungen auf das Kräfteverhältnis in vielen anderen Betrieben haben wird.

Am 25. Oktober haben die Arbeiter mit einer relativ knappen Mehrheit entschieden, den Streik zu beenden. Sie haben zwar nur einen Teil ihrer Forderungen durchsetzen können. Doch mehr noch als das Ergebnis zählt die Tatsache, dass die Arbeiter der Autoindustrie – nach Jahren der kampflosen Niederlagen – sich wieder aufgerichtet und den Kampf aufgenommen haben.

Ein System, das Armut und Unterdrückung sät, muss Sturm ernten

Chile, Irak, Libanon, Haiti, Ecuador… in einer Reihe Länder gibt es in den letzten Tagen und Wochen soziale Massenproteste. Oft hat eine Preiserhöhung zu viel das Fass zum Überlaufen gebracht: in Chile die Erhöhung der U-Bahn-Preise, in Ecuador die Verdoppelung der Spritpreise, im Libanon eine Steuer auf WhatsApp-Nachrichten.



Proteste in Chile: „Würde statt Militär!"

Über alle Unterschiede hinaus ging es überall schon bald um viel mehr: Die schwelende Wut über all die steigenden Preise, die wachsende Armut, die immer unerträglicheren Lebensbedingungen explodierte – und mit ihr die Wut auf die Regierungen.



Diese versuchen, die Proteste mit einer Mischung aus kleinen Zugeständnissen und massivem Einsatz von Polizei und Armee zu ersticken. Bislang vergeblich: Stattdessen verlangen die Massenproteste immer lauter den Abgang des gesamten korrupten Regimes, das nur den Reichen dient.

Alle diese Proteste sind die Folge der tiefen Krise, in der der Kapitalismus steckt und die die arbeitenden Massen in immer mehr Elend stürzt.

Noch ist in keinem dieser Länder klar, wie die Bewegung weitergehen wird. Doch eins ist sicher: Ein System, das so viel Armut und Ausbeutung sät, muss Sturm ernten – und wird daher noch viel mehr solcher sozialen Revolten erleben!

Es wird nicht reichen, Regierungen zu stürzen, die dann prompt durch andere Regierungen der kapitalistischen Klasse ersetzt werden.
Die entscheidende Herausforderung wird darin bestehen, dass die Arbeiterklasse in solchen Massenprotesten das nötige Selbstvertrauen und Bewusstsein dafür gewinnt, dass sie selber die Leitung der Gesellschaft und der Wirtschaft übernehmen muss und kann.

Düsseldorf: Obdachlose beseitigen Steine, die die Stadt ihnen in den Weg legt

Die Stadt Düsseldorf hat einen widerlichen Kleinkrieg gegen Wohnungslose begonnen, ganz besonders in den schickeren Vierteln. Sie sollen Bußgelder bezahlen, wenn sie an einer Bushaltestelle schlafen oder Regenplanen zwischen Bäumen spannen! Unter der Rheinbrücke wurden Ende September sogar zig große Steine verteilten, damit dort ja keine Obdachlosen mehr ihre Zelte aufschlagen können. Eine Obdachloseninitiative räumte einen Teil weg und transportierte aus Protest einige der Steine vor das Rathaus.

Wie in so vielen Großstädten haben Spekulanten die Mieten in Düsseldorf in extreme Höhen getrieben: Sie sind in den letzten 10 Jahren um 40 Prozent gestiegen. Selbst mit zwei Einkommen wird es immer schwerer, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Ganz zu schweigen davon, wenn man ganz unten ist.

Doch damit die vermögenden Spekulanten und die Mitglieder der Landesregierung die von ihnen erzeugte Armut nicht zu Gesicht bekommen müssen, macht die Stadt Jagd auf deren schutzloseste Opfer.

ThyssenKrupp: Der Auftraggeber dankt!

Genau sieben Monate lang war Guido Kerkhoff Vorstandsvorsitzender von ThyssenKrupp. Für diese sieben Monate erhält er stolze… 10 Millionen Euro Gehalt und Abfindung!

Er musste gehen, weil er sich mit den Großaktionären von ThyssenKrupp nicht darüber einig wurde, wie man den Konzern am besten zerstückelt und welche Teile man wie verkauft. Aber immerhin hat er in seiner kurzen Zeit noch die Vernichtung von über 6.000 Arbeitsplätzen durchgesetzt. Für diese „Leistung" wird er von den Großaktionären angemessen belohnt.

Nur die Gewinne werden im Krankenhaus gut versorgt

Die NRW-Landesregierung hat angekündigt, ab 2021 radikal alle „überflüssigen" und „schlechten" Krankenhäuser und Abteilungen zu schließen, angeblich… „zum Schutz der Patienten"!?

Sie stützt sich dabei auf eine sogenannte „Studie" der Bertelsmann-Stiftung, die behauptet, man solle über die Hälfte der Krankenhäuser in Deutschland schließen. Die wären ohnehin nicht „rentabel" und obendrein wäre ihre Qualität zu schlecht.

Aber warum sind denn die Zustände in vielen Krankenhäusern mittlerweile so schlecht? Doch nur deshalb, weil sie seit Jahren radikal kaputtgespart werden. Und wenn noch mehr Krankenhäuser schließen, wird all das noch schlimmer. Noch weniger Krankenhäuser müssten dann nämlich noch mehr Patienten versorgen. Das bedeutet noch mehr Stress für die Beschäftigten und für die Patienten noch längere Wege zum nächsten Krankenhaus, noch länger auf eine OP warten müssen und noch schneller danach wieder rausgeschmissen werden.

Doch mehr Patienten pro Krankenhaus bedeutet auch, dass jedes der übrigbleibenden Krankenhäuser mehr Geld einnimmt. Und das nutzt vor allem den privaten Krankenhauskonzernen wie Helios, Rhön oder Asklepios, die bereits ein Drittel aller Krankenhäuser in Deutschland besitzen. Es ist kein Zufall, dass das für die Studie verantwortliche Vorstandsmitglied der Bertelsmannstiftung gleichzeitig Aufsichtsratsmitglied des Krankenhauskonzerns Rhön ist.

Hier geht es nur um eins: Unter dem zynischen Vorwand, die Versorgung der Patienten zu verbessern, wollen Stiftung und Regierung in Wahrheit… die Konzerne mit zusätzlichen Gewinnen versorgen.

Reinigungskräfte: Schluss mit dem Betrug bei Lohn und Urlaub!

Mit monatelangen Warnstreiks haben die Arbeiterinnen und Arbeiter großer Reinigungsfirmen wie Piepenbrock, ISS, Klüh oder Rudolf Weber höhere Zulagen und mehr Urlaub durchgesetzt.
Oft haben sie vor den Werken protestiert, die sie reinigen: VW, Thyssen, Bayer, Unis, Flughäfen… Alles Großbetriebe, die die Reinigung an Firmen mit Niedriglöhnen ausgelagert haben.

Viele haben aber vor allem gestreikt, damit Gesetz und Tarifvertrag überhaupt eingehalten werden. Denn die meisten Reinigungskräfte werden ständig bei Lohn, Zulagen, Überstunden oder auch Urlaubstagen betrogen. Obwohl es illegal ist, bekommen hier 70% der Arbeiterinnen und Arbeiter für Überstunden zum Beispiel gar keine Zulage… wenn ihnen die Überstunden überhaupt bezahlt werden.

In den letzten Monaten haben viele zum ersten Mal entdeckt, dass sie mit ihrer Empörung darüber nicht alleine sind – und haben in den Warnstreiks gemeinsam gezeigt, dass sie sich nicht mehr täglich beklauen lassen wollen.

Und das ist der eigentliche Gewinn.



Streik vor der BP-Raffinerie Gelsenkirchen

Wilke-Wurst: Geschäftsgeheimnis abschaffen!

Über fünf Jahre lang hat die Firma Wilke-Wurst ihre verseuchten Wurst- und vegetarischen Produkte ausgeliefert, an Kantinen, Betriebe, Supermärkte, Kitas und Krankenhäuser!

Die Hygienezustände im Wilke-Werk waren unzumutbar – von den Arbeitsbedingungen ganz zu schweigen. Mehrfach haben einfache Vorarbeiter die Firmenchefs auf mögliche Gefahren aufmerksam gemacht. Doch die haben nichts unternommen, ebenso wenig die örtlichen Behörden.

Drei Menschen, die Wilke-Produkte gegessen hatten, sind deswegen gestorben und an die vierzig schwer erkrankt. Und selbst als die Wahrheit endlich ans Licht kam, weigerten sich die Behörden, die Namen der Betriebe zu veröffentlichen, an die die Wilke-Produkte gegangen sind… um deren Verkaufszahlen nicht zu gefährden.

Ja, für Kapitalisten und Staat zählt einzig der Schutz der Gewinne. Deshalb gehören die Betriebe unter die Kontrolle der Beschäftigten und Verbraucher – angefangen damit, dass ihnen alle Geschäftsbücher, Kontroll- und Testergebnisse frei zur Verfügung stehen müssen.

Unsicherheit: der neue Rekord

Schon wieder hat die Zahl der befristeten Verträge einen Rekord erreicht. 3,2 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter müssen mittlerweile mit diesen unsicheren Verträgen leben!

Ganz besonders gestiegen – um 14% allein im letzten Jahr – sind die sogenannten „sachgrundlosen Befristungen". Das sind die Befristungen, bei denen sich die Bosse nicht mal mehr die Mühe machen, Ausreden wie Krankheits- oder Elternzeitvertretung anzugeben, sondern unverblümt sagen: Ich stelle die Arbeiter einfach deshalb befristet ein, um sie jederzeit wieder entlassen zu können.

CDU und SPD hatten im Koalitionsvertrag festgelegt, diese sachgrundlosen Befristungen per Gesetz einzuschränken. Doch der Koalitionsvertrag ist Papier. Gesetz ist, was die Bosse wollen.

S-Bahnen in NRW: Organisiertes Chaos

Beinahe wären die S-Bahnen S1 und S4 bald gar nicht mehr gefahren. Die Privatbahn Keolis hatte zwar den Auftrag ergattert, diese Strecken ab Mitte Dezember zu betreiben. Aber ihr fehlten über die Hälfte der Lokführer – und auch ein Teil der Züge.

Daher hatte Keolis überlegt, statt S-Bahnen… Busse auf diesen Strecken fahren zu lassen! Der VRR hat dies zwar gerade noch verhindert: Er hat Keolis den Auftrag kurzfristig entzogen und wieder an die staatliche Deutsche Bahn gegeben, die jetzt zusehen muss, wie sie die zwei Strecken kurzfristig mit Zügen und Personal bestückt.

Doch spätestens in zwei Jahren will der VRR die Strecken erneut an eine Privatbahn vergeben. Denn was zählt schon das Chaos, dass die Privatisierung anrichtet – wenn Konzerne durch sie neue Profitquellen erhalten?

Medikamente: Verbrecherischer Mangel

Immer mehr Medikamente sind wochenlang, zum Teil monatelang nicht zu bekommen – wegen Lieferengpässen. Fehlten im Jahr 2013 noch 40 Medikamente über längere Zeit, waren es 2018 bereits 264 Medikamente: spezielle Antibiotika, Krebstherapien, Impfstoffe, Herzmedikamente... wichtige Medikamente, die unbedingt gebraucht werden!

Doch große Pharmafirmen haben die Produktion von Medikamenten, die ihnen nicht profitabel genug schienen, schlichtweg eingestellt. Um zu sparen, lassen sie außerdem wichtige Wirkstoffe für Medikamente nur noch in einem einzigen Werk irgendwo auf der Welt, immer öfter in ärmeren Ländern herstellen – und weigern sich aus Kostengründen, Reserven anzulegen. Sobald es in diesem einen Werk Probleme gibt, fehlt der Wirkstoff weltweit!

Die Kranken sind die Opfer dieser Sparpolitik der Pharmakonzerne, die zu den reichsten und mächtigsten Firmen der Welt zählen. Ein Beweis mehr dafür, dass Profit und Gesundheit unvereinbar sind.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -
Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de
Telefon: 0151-55570980
www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren: für 13 € pro Jahr!